

6. ver.di-Bundeskongress

[17.-22. September 2023, Berlin]

Resolution

Die Europäische Union gründet auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten. Geflüchtete brauchen Schutz und Zugang zum Recht auf Asyl. Stattdessen werden sie mit brutaler Gewalt von Europa ferngehalten oder sitzen verzweifelt in Elendslagern fest.

Die Anfang Juni vom EU-Rat beschlossenen Maßnahmen im Rahmen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) führen nun nur zu noch mehr Entrechtung von Flüchtlingen.

ver.di appelliert an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments: Treten Sie dem entgegen! Machen Sie nicht mit, wenn Menschenrechte in Europa gebrochen werden. Es ist bereits 5 nach 12. Handeln Sie jetzt!

Die EU-Kommission hat im September 2020 den „New Pact on Migration and Asylum“ vorgestellt. An den Außengrenzen sollen neue Flüchtlingslager unter europäischer Flagge entstehen. Geflüchtete werden festgesetzt, in Grenzverfahren aussortiert und direkt wieder abgeschoben. Am 8. Juni 2023 haben sich schließlich auch die EU-Innenminister*innen auf eine Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“(GEAS) geeinigt. In ihr sind viele der im „New Pact“ vorgesehenen Verschärfungen enthalten:

In den geplanten Grenzverfahren unter Haftbedingungen soll zunächst eine so genannte „Zulässigkeitsprüfung“ erfolgen. Asylanträge von Schutzsuchenden, die über angeblich „sichere Drittstaaten“ eingereist sind, werden dann gar nicht mehr erst inhaltlich geprüft. Um sie abschieben zu können, werden die Kriterien, wann ein Staat als „sicher“ genug gilt, massiv aufgeweicht. Sichere Teilgebiete reichen dann, auch die Genfer Flüchtlingskonvention muss keine Gültigkeit besitzen. Besonders dramatisch: Selbst Familien mit Kindern werden von den verpflichtenden Grenzverfahren und der Inhaftierung nicht ausgenommen.

Wenn die Regelungen in europäisches Recht gegossen werden, sind sie auch für Deutschland verbindlich. Viele Beschäftigte, die für die Registrierung und Versorgung von Asylsuchenden hierzulande zuständig sind, werden zu Handlangern der Abschottung des EU-Grenzregimes.



Diese GEAS-Reform hat mit der vielzitierten Solidarität unter EU-Staaten überhaupt nichts zu tun. Rechte Regierungen wie Ungarn haben erreicht, dass sie auch künftig keine Flüchtlinge aufnehmen müssen, sondern ihre „Solidarität“ auch mit finanziellen Zahlungen für Abschottung und Flüchtlingsabwehr ausdrücken können. Die Staaten an der EU-Außengrenze werden also weiterhin allein gelassen, noch mehr Gewalt gegen Flüchtlinge zum Zwecke der Abschreckung droht. Zu diesem Zweck werden Abkommen mit autoritär regierten Ländern wie Tunesien geschlossen, die mehrere hundert Millionen Euro erhalten, um als Türsteher Europas zu fungieren.

Nun startet in Brüssel der Trilog zwischen EU-Kommission, EU-Rat und Europäischem Parlament. In diesem Prozess müssen sich die drei gesetzgebenden Institutionen der Europäischen Union auf eine gemeinsame Position verständigen, nur dort können die Vorhaben also noch gestoppt werden – deswegen appellieren wir an die Abgeordneten des EU-Parlaments! Es ist bereits 5 nach 12. Handeln Sie jetzt!